

Hiermit spenden wir 6.400.000.000 \$*

*** Hilfszusage der internationalen Staatengemeinschaft für die Opfer des Tsunami. Diese Angabe ist ohne Gewähr. Es handelt sich nur um ein Versprechen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Bitte beachten Sie: Die tatsächlich geleisteten Summen können erheblich von den Hilfszusagen abweichen. Ein Teil der Gelder wird als Darlehen gewährt oder mit bestehenden Schulden der betroffenen Länder verrechnet. Weitere Details entnehmen Sie bitte dem folgenden Text.**

Auch bei der schlimmsten Naturkatastrophe gibt es offenbar so etwas wie das Glück im Unglück. Zum Beispiel der Tag, an dem sich die Katastrophe ereignet: »Am zweiten Weihnachtsfeiertag sind die Menschen im Westen in festlicher Stimmung, da berührt sie ein Erdbeben, das 70000 Menschen obdachlos macht, ganz besonders stark«, schrieb am 31. Dezember 2003 die amerikanische Tageszeitung Christian Science Monitor. Fünf Tage zuvor, am 26. Dezember, hatte ein Erdbeben die iranische Stadt Bam zerstört und die halbe Welt bot nun ihre Unterstützung an.

Auf den Tag genau ein Jahr später, am 26. Dezember 2004, verwüstet ein Tsunami ganze Landstriche an den Küsten Südostasiens. In den folgenden Wochen erlebt die Welt die größte Spendenaktion der Geschichte: 83 Länder erklären sich bereit, zu helfen und den Wiederaufbau in Südostasien zu finanzieren. Darunter so seltene Spender wie China oder sogar Mosambik, Letzteres eines der ärmsten Länder der Welt. Selbst die russische Stadt Beslan spendet 28000 Euro aus ihrem Hilfsfonds für die Opfer der blutigen Geiselnahme im vergangenen Sommer. Ende Januar beziffert die UN die Gesamthöhe der internationalen Spendenzusagen auf 6,4 Milliarden Dollar, etwa 4,9 Milliarden Euro.

Die Großzügigkeit überrascht selbst UN- Generalsekretär Kofi Annan so sehr, dass er erklärt: »Es würde mich wundern, wenn wir das ganze Geld bekommen.« Seine Skepsis scheint begründet. Wenige Wochen später spricht kaum noch jemand über die Flut. »Der CNN-Effekt ist erstaunlich schnell abgeflaut«, sagt Wolfgang Jamann, Chef der Hilfsorganisation CARE, ernüchert.

Mitte März dann klagt die Präsidentin Sri Lankas, eines der am schwersten vom Tsunami betroffenen Länder, »nicht einmal fünf Cent« der Hilfsgelder erhalten zu haben. Die schlechten Erfahrungen nach dem Erdbeben in der iranischen Stadt Bam scheinen sich zu wiederholen: Im Dezember 2004 hatte der Staatschef des Iran, Mohammed Chatami, gemahnt, dass sein Land bisher nur einen Bruchteil der versprochenen 770 Millionen Euro Aufbauhilfe erhalten habe.

Der Wissenschaftler Stewart Patrick hat das US-Außenministerium vom September 2002 bis Januar 2005 bei der Wiederaufbauarbeit in Krisengebieten beraten. Er weiß, dass die Industrienationen mit ihren Spenden immer auch sich selbst helfen wollen: »Große Spenden sind oft politisches Theater«, sagt Stewart Patrick, »als Retter in der Not kann ein Politiker leicht Pluspunkte sammeln.« Die USA sagten nach dem Tsunami erst einmal nur 27 Millionen Euro für Südostasien zu. Später erkannte die Bush-Regierung die Chance, ihr beschädigtes Image in der Welt, besonders der islamischen, durch humanitäre Hilfe im Katastrophengebiet zu verbessern. Von da an flogen Hubschrauber des US-Militärs Tag und Nacht Rettungseinsätze zu den Flutopfern im muslimischen Indonesien. Zudem erhöhte das Weiße Haus seine Spende für die Flutopfer auf 270 Millionen Euro.

Und die 500 Millionen Euro, die Gerhard Schröder an humanitärer Hilfe zusagte, gelten auch als Eintrittsgeld für einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat. »Regierungen werden von ihren Bürgern für das bloße Versprechen zu helfen mehr belohnt als für die eigentliche Arbeit, die langjährige Unterstützung der zerstörten Region«, sagt Stewart Patrick. Getreu der Devise: Tue

Gutes und rede darüber. Meist wird mehr geredet als getan: Mit dem Ende des jahrelangen Bürgerkriegs versprach die Staatengemeinschaft dem westafrikanischen Liberia Hilfen von umgerechnet 380 Millionen Euro. Gezahlt wurden 65 Millionen. Und 1998, nach dem verheerenden Wirbelsturm »Mitch«, sollten die Länder Zentralamerikas sieben Milliarden Euro bekommen. Am Ende war es weniger als die Hälfte, hat ein Reporter der BBC nachgerechnet.

Malcolm Rodgers von der britischen Hilfsorganisation Christian Aid hat den Fall Mitch untersucht. Er nennt drei Gründe, weshalb Milliarden Euro nie angekommen sind: Der Aufbau der zerstörten Städte und Dörfer dauerte länger als erwartet. Daraufhin wurden Hilfsprojekte als unwirksam eingestuft und beendet. Den vom Hurrikan verwüsteten Ländern fehlte zudem die Infrastruktur, etwa Behörden oder befahrbare Straßen, um das zur Verfügung gestellte Geld schnell genug verwenden zu können. Punkt drei: Neue Katastrophen lenkten die Aufmerksamkeit des Westens auf sich, das Geld für Zentralamerika wurde in andere Krisengebiete umverteilt.

Die betroffenen Länder sind vom Großmut der Geber abhängig, denn Spendenzusagen sind keine völkerrechtlichen Verträge. Selbst die UN und internationale Hilfsorganisationen schrecken davor zurück, Druck auszuüben und säumige Zahler beim Namen zu nennen. Zu groß ist die Angst, einen künftigen Spender zu vergraulen. »Das ist ein politisch sehr, sehr sensibles Thema«, sagt Elisabeth Byrs, Sprecherin der UN-Koordinationsstelle für humanitäre Hilfe (OCHA). »Wir können nur die vorbildlichsten Geberländer, wie zum Beispiel Norwegen und Irland, loben und darauf hoffen, dass das den Rest motiviert.« Um den Druck zumindest ein wenig zu erhöhen, will die UN jetzt den Fluss der Spendengelder transparenter machen. In Zukunft soll jedermann im Internet nachlesen können, ob, wo und wie viel humanitäre Hilfe angekommen ist.

Doch selbst wenn Regierungen ihre Versprechen in der tatsächlichen Höhe einlösen, heißt das nicht, dass den Opfern schon geholfen ist. Entscheidend ist, was sich hinter einer Millionenspende verbirgt, ob es sich, wie man sagt, um »frisches Geld«, handelt. Eine Spende von 100 Millionen Euro ist etwas ganz anderes als ein Kredit oder ein Schuldenerlass in dieser Höhe. Australien zum Beispiel hat zwar den unausgesprochenen Wettstreit um den edelsten Spender nach dem Tsunami mit rund 600 Millionen Euro gewonnen. Doch die Hälfte davon sind zinslose Darlehen. Weil die eines Tages zurückgezahlt werden müssen, bezeichnet die UN solche Zusagen gar nicht erst als humanitäre Hilfe. Japan, mit 380 Millionen Euro ebenfalls führend in der Liste der Spender, hat in der Vergangenheit »Spendengelder oft nur tröpfchenweise und über Jahre hinweg ausgezahlt, was effektive Hilfe unmöglich macht«, sagt ein UN-Mitarbeiter. Mehr Schein als Sein sind auch mehrere 100 Millionen Euro, die die Weltbank und die Asian Development Bank für Südostasien zugesagt haben. Denn damit werden Projekte finanziert, die schon lang vor dem Tsunami geplant waren. Der einzige Unterschied: Sie laufen jetzt unter dem Namen »Hilfe für die Flutopfer«.

Anders als etwa Italien, die EU oder die USA genießt Deutschland einen vergleichsweise guten Ruf bei internationalen Hilfsorganisationen. Trotzdem glaubt Christian Ruck, Entwicklungshilfeexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass auch die Bundesregierung mogeln wird: Die Tsunami-Hilfe werde den Etats des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungshilfeministeriums »aus den Rippen geschnitten«. Das heißt: Andere Krisenregionen bekommen weniger.

Bislang ist die Soforthilfe nach dem Tsunami gut angelaufen. Und noch einen Erfolg kann die UN vorweisen: Nach jahrelangem Streit haben sich die Industrieländer endlich auf eine einheitliche Definition für den Begriff »humanitäre Hilfe« geeinigt. Das Dokument ist acht Seiten lang.

Marc Baumann